

Redaktion, Administration u. Druckerei:
Kolowratgasse, Fichtengasse Nr. 11.
Subskribierte Briefe werden nicht angenommen und
Manuskripte in keinem Falle zurückgegeben.

Ankündigungs-Bureau:
Stadt, Wollzeile 20, Inserationspreis nach Tarif. Inserate
Erscheinungen: Witzek, Ann.-Exp. in Prag und
Brdna; Jos. A. Kienreich, Inseraten-Exp. in Graz;
A. Blocher, J. Leopold, Jos. Schwarz, Ann.-Exp.
in Budapest; im Ausland: John F. Jones & Co.
in Paris, 51 bis, Rue de Faubourg Montmartre;
Rudolf Mome in Berlin, München, Leipzig;
Hansmann & Vogler in Hamburg, Berlin,
Frankfurt a. M. u. Basel; Heinrich Eiser,
Ann.-Exp. in Hamburg; Orell Füssli & Co. in
Zürich u. Basel; Neyraud & Sons in London;
Vertreter für Deutschland, Frankreich, England,
Italien etc.: Saarbachs News Exchange, Mainz u.
Köln a. Rh.

Abonnement für Wien:
Mit tägl. zweimal. Zustell. im Haus: Ganzj. K. 50.40,
monatl. K. 4.50.
Zum Abholen im Hauptverlage Wollzeile 20 oder
Fichtengasse 11: Ganzj. K. 47.50, monatl. K. 3.60.
Wien: Morgensblatt 15 H., Abendblatt 6 H., Nach-
mittagsblatt am Montag und nach zwei Feiertagen 15 H.
Für Deutschland (Morgen- und Nachmittagsblatt
ausser):
allein je 30 Pf.
Abendblatt allein je 15 Pf.

Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Abonnement für das Inland:
Mit tägl. zweimal. Postverendung: Ganzj. K. 55, halbj.
K. 28, viertelj. K. 14. Mit tägl. zweimal. Postverendung
Ganzj. K. 64, halbj. K. 33, viertelj. K. 18.

Abonnement für das Ausland:
Vierteljährlich:
Bei uns (Kreuzband-Verendung): Deutsch-
land, Serbien K. 29, 2 Staaten des Weltpost-
vereines K. 24.
Bei den Postämtern in Deutschland
M. 11.18, Schweiz Fr. 12.55, Belgien Fr. 12.50,
Italien L. 14.47, Rumänien Fr. 15.75, Serbien
Fr. 15.50, Bulgarien Fr. 15.65, Russland R. 2.50,
Griechenland (b. d. Buchh. Beck & Hartz u. C. Klef-
theroudakis, Athen od. k. k. Zeitg.-Exp. in Triest) u.
Bosop. Türkei Fr. 15.77, Asiat. Türkei K. 17.45,
Aegypten K. 16.65, Pannmarke skand. K. 11.25,
Norwegen skand. K. 10.55, Holland F. 5.-
Bei den Agenturen in Italien: Saarbach, Mail-
land, 2. Gust. Modena, Lonscher & Co., Rom Fr. 25.00,
Frankreich: Saarbach, Paris, 145, Faubourg
St. Denis, Agents Havas, Paris Fr. 25.00; England:
Saarbach, London, 15, John Street, W. C., Single & Co.,
London E. C. 159, Londonhall Street 266, St. 1. sh. 1.
Nordamerika: E. Staiger, 25, Park Place,
N. Y. Staiger, 111-113 West 25th St., N. Y. Staiger,
27, Second Avenue in New York, Doll. 6.40. Vertreter
für das ges. Ausland: Saarbachs News Exch., Mainz.
Für die an Agenten, Austräger oder Vertriebs-
besitzenden Beiträge leisten wir keine Garantie.

Nr. 17116.

Wien, Donnerstag, den 18. April

1912.

Wien, 17. April.

Rabslaus v. Lufacs wird in wenigen Tagen zum
Ministerpräsidenten ernannt werden. Schon mancher un-
garische Finanzminister hat den gleichen Weg zurückgelegt.
Graf Melchior Lonyay, der alte Koloman Tisza und
Alexander Bekerele sind aus trockenen Ziffern, aus
nüchternen Geschäften mit Banken und Bankiers und aus
dem Vorstellungskreis, der zur Tatsächlichkeit erzieht, an
die Spitze der politischen Geschäfte gekommen. In den
meisten europäischen Ländern gleichen die Finanzminister
den Raupen; nicht deshalb, weil sie die saftigsten Blätter
auf den Fruchtbäumen im Garten des Volkes verzehren,
sondern deshalb, weil sie aus der Verpinnung mit dem
Parlamente zu Faltern herauswachsen, die sich auf dem
Platze des Ministerpräsidenten niederlassen. Von den
europäischen Kabinettschefs sind jetzt bei einem flüchtigen
Ueberblick wenigstens vier aufzuführen, die vorher Finanz-
minister waren: Asquith, Poincaré, Giolitti und
Kokowzew. Merkwürdig, daß gerade Oesterreich eine Aus-
nahme bildet und niemals einen Finanzminister gehabt
hat, der Ministerpräsident geworden ist. Vielleicht hätte
es Freiherr v. Plener dazu gebracht, wenn er nicht in
einem Anfall von Verdrossenheit aus dem Abgeordneten-
hause weggegangen wäre; vielleicht auch Herr v. Bilinski,
der sich in der Johannesgasse, entfernt von dem, was der
englische Dichter die verwirrende Menge nennt, recht be-
haglich fühlen soll. Die Finanzminister bestreiten jetzt
zum guten Teile den politischen Aufwand, welcher dereinst
als Geschichte unserer Zeit verbucht und niedergeschrieben
werden wird. Der Vorrat an politischem Talent, mit dem
die Gegenwart haushalten muß, wird aus den Finanzen
geholt, da nicht weniger als vier Großmächte ihre Ver-
waltung in die Hände solcher Rechner gelegt haben, von
denen selbst der biffige Figaro Beaumarchais nicht sagen
könnte, daß sie bessere Länger als Staatsmänner sind.
Herr v. Lufacs hat ebenfals die strenge Schule durch-
gemacht, die den Menschen zur klaren Gegenständlichkeit
heranbildet. Die Verantwortung für Geld, die fort-
währende Berührung mit wirtschaftlichen Volkskräften, das
tägliche Abmessen des Wahrscheinlichen, die Sachlichkeit
der Finanzen und die Rücksicht auf ihre Gefahren sind
gewiß keine schlechten Vorbereitungen für die allgemeine
Politik und ein sehr wirksamer Schutz gegen die Selbst-
täuschungen, zu denen sie verlockt. Wer als Finanz-
minister sich davor hütete, die Einbildungskraft über die
Wirklichkeiten hinüberschießen zu lassen; wer durch so
viele Jahre gewußt hat, daß schon der nächste Tag seinen
Irrtum enthüllen und dessen Folgen zeigen muß; wer so
lange Zeit die Schläuen überschauen konnte, hatte
mindestens die Gelegenheit, sich die Eigenschaften zu er-
werben, die ein Ministerpräsident braucht.

Der Unterschied zwischen den Voraussetzungen eines
guten Ministerpräsidenten und eines guten Finanz-

ministers ist freilich noch immer groß. Der tüchtigste Fach-
mann mag doch nicht die Fähigkeit des allgemeinen Ueber-
blickes haben, und das politische Talent hat Besonde-
heiten, die nicht allen zugänglich sind. Aber der künftige
ungarische Ministerpräsident hat jedenfalls eine Fähigkeit,
die dem Politiker unentbehrlich ist. Er versteht, zu warten.
Dreimal war er bereits dort, wo er heute ist, und drei-
mal hat er die Berufung, ein Kabinet zu bilden, abge-
lehnt. Er wollte als vorzüglicher Rechner den politischen
Besitzstand nicht verlieren, den er sich als Finanzminister
durch Arbeit zusammengetragen hatte. Er mochte nicht
Gelegenheitsminister und nicht Verlegenheitsminister sein.
Er hatte die Ansicht, daß die Wahlreform sich auch in
Ungarn durchbringen werde, nachdem das allgemeine
Stimmrecht sich schon in den meisten Ländern von
Europa festgesetzt hat. Dieser Politik hat er bereits seinen
Namen gegeben, als die liberale Partei zerschmettert war
und die Reste sich in den Stübchen eines kleinen gesell-
schaftlichen Klubs sammelten, vom Lande verlassen und
gedrückt. Dennoch blieb Herr v. Lufacs stets eine viel-
bemerkte Figur der ungarischen Politik. Wie er das ge-
macht hat, versteht bis zu dieser Stunde niemand. Er
hatte kein Mandat und war nicht Abgeordneter. Die
Partei war zertrümmert und vom Grafen Stephan Tisza
aufgelöst. Sie hatte keinen einzigen Vertreter im Parla-
mente, und dennoch war Herr v. Lufacs immer von
Gerüchten umschwirrt, und bei jeder kriegerischen Wendung
wurde er in der Nähe der Hofburg sichtbar und galt als
Mann der Zukunft. Der eingekleidete Siebenundsechziger,
der Dualist vom reinsten Wasser hatte den Gedanken,
sich in der Wahlreform mit den Kusläufern der Achtund-
vierziger zu verbinden. Er fühlte, daß jetzt in Ungarn das
Bürgertum zu Worte kommen müsse, daß die Wahlreform
sich den neuen Schichten der Gesellschaft anpassen solle
und daß die Zeit, in der einige hunderttausend Wähler
über das Schicksal eines Landes von mehr als zwanzig
Millionen verfügen, vorüber sei. Die schwärmerische Politik
des Herrn v. Juszh mag wieder andere Ziele haben, aber
die beiden so entgegengesetzten Männer hatten das Ge-
meinsame, das allgemeine Stimmrecht ernsthaft zu wollen
und nicht länger zu verschleppen.

Herr v. Lufacs mußte jedoch warten. Der blendende
Sieg des Grafen Khuen, die Bildung der mächtigen
Arbeitspartei und der Glanz dieser Politik haben ihn zeit-
weilig ins Unrecht versetzt und in einen Winkel gedrängt,
wo er nur Finanzminister sein konnte und sich eine strenge
Selbstbeschränkung auferlegen mußte. Von den Paladinen,
welche diesen Wahlkampf durchgeföhrt haben, wurde er
sicher angefeindet. Graf Tisza war ihm niemals besonders
freundlich gesinnt, und der Schatten seiner Politik und
seiner Beziehungen zu Herrn v. Juszh verdüsterte seine
Gestalt. Er war politisch so vereinsamt, daß noch vor
einigen Wochen keine einzige Stimme sich für seine
Ministerpräsidentschaft auszusprechen wagte. Jetzt ist der
Widerstand verschwunden, und nur wenige Stimmen sind

zu hören, die sich gegen ihn aussprechen. Er hat gewartet
bis zur Stunde, da die Wahlreform reif wurde und das
Bedürfnis dazu treibt, auf die Politik zurückzugreifen, die
er schon vor mehreren Jahren empfohlen hatte. Der
Rechner hat gut gerechnet und seine Entschlüsse nicht ge-
faßt, ehe die Richtigkeit der Zahlen durch Proben bestätigt
wurde. Er wird das Wehrgezeß sichern, das ohnehin nur
der Vorstand des Kampfes gewesen ist. Denn es hatte
keinen einzigen Gegner im ungarischen Abgeordneten-
hause. Wunderlich klingt diese Behauptung nach der das
Parlament erniedrigenden Obstruktion von elf Monaten.
Dennoch ist sie richtig. Das Wehrgezeß war für die Juszh-
Gruppe nur ein Mittel, die Wahlreform zu erzwingen,
und für die aristokratischen Führer der anderen Parteien
nur ein Vorwand, durch Reibungen mit der Krone die
Nerven des Landes in Schwingungen zu bringen und
den Sinn vom allgemeinen Stimmrecht wieder abzu-
lenken. Das Wehrgezeß dürfte in einigen Wochen voll-
ständig erledigt sein. Es war nur scheinbar im Mittel-
punkte der Politik und wurde als Maske benützt,
um das wahre Gesicht zu verbergen. Da die Wahlreform
sich nicht mehr hindern läßt und als Notwendigkeit sich
den Parteien aufzwingt, kann das Wehrgezeß nicht länger
als Vorwand des Streites dienen. Die Erinnerung an
die Resolutionen, an den Griff auf die Kronrechte und
an die mutwilligen Stöße gegen den Kriegsminister
werden sich genau so verflüchtigen wie die Sehnsucht nach
der ungarischen Kommandosprache und nach der un-
garischen Compagniesprache. Wer denkt heute noch daran?

Das Wehrgezeß ist auf dem Marsche, und der morgen
zusammentretende Reichsrat, in dessen Abwesenheit so
große Ereignisse sich zugetragen haben, steht unmittelbar
vor dem Zwange, rasch, sehr rasch mit den Entwürfen
fertig zu werden. Das Abgeordnetenhaus, das seine
Stimme in den bewegten Tagen nicht erheben konnte und
seitwärts gestanden ist, wird jedoch an diesen wichtigen
Aenderungen nicht verständnislos vorübergehen. Graf
Khuen wollte eine Politik der nationalen Eroberungen an
das Wehrgezeß hängen. Die Krone hat, obgleich sie gerade
diesen Ministerpräsidenten zu halten wünschte, nichts be-
willigt. Die Parteien, die im österreichischen Abgeordneten-
hause den Versuch machen würden, ihre Politik an die
Wahlreform zu hängen, könnten nur das gleiche Schicksal
haben. Das Wehrgezeß muß durch! Es muß bald durch,
weil die europäischen Verhältnisse nicht gestatten, daß die
Armee einer Großmacht sich in der Entwicklung gerade
nur fort schleppe. Das Wehrgezeß ist österreichische Politik
und kann nicht Portfeuillepolitik werden. Herr von
Lufacs ist dem Ziele nahe. Er wird sein Kabinet aus
der Arbeitspartei bilden und sich mit den anderen Gruppen
verständigen. Vielleicht wird die Krise des Wehrgezeßes
vorüber sein, noch ehe die Pfingstglocken läuten. Das
bringt Frieden in die ganze Monarchie.

Die heutige Nummer enthält:

„Natur- und Völkerkunde“:
„Ferd. v. Arlt.“ von Prof. Dr. Friedrich
Dimmer, Vorstand der Ersten Augenklinik. „Der
41. deutsche Chirurgenkongress.“ Von einem
Wiener Chirurgen. „Die Gefahren der draht-
losen Telegraphie.“ (Zum Untergang der „Titanic“.)
Von Obergeringieur Robert Weege, Chef der
Abteilung Radiotelegraphie der Telephonfabrik A.-G. vor-
mals J. Berliner, **Miszellen.** Seite 21
bis 23.

Ferner:

Die 54. Fortsetzung des Romans „Die Götter
dürsten...“ von Anatole France. Seite 20.

Fenilleton.

Johannes Müller.

Von Hermann Bahr.

Es ist jetzt drei Jahre her, daß ich als Vorleser den
Rhein entlang von Stadt zu Stadt zog. Da fand ich oft
Versammlungen angekündigt mit Johannes Müller als
Redner über Fragen der Seele. Des Namens konnte ich
mich nicht entsinnen, doch irgend etwas ließ mich nach-
denklich werden und mich nach ihm erkundigen. Ich er-
fuhr, daß er großen Zulauf hatte; viele kamen, ihn zu
hören, und gingen geträumt. Wodurch? Das hätte ich
gerne gewußt. Aber meine Frage machte sie verlegen; es
schien fast, sie scheuten sich, von ihm zu reden. Nur das
wiederholten mir alle, daß sie Zuversicht und wieder neuen
Mut von ihm empfangen hätten. Was aber sagt er denn?

fragte ich. Man muß ihn hören, antworteten sie. Das war
mit nicht genug, sie sollten mir nicht ausweichen, ich
drang in sie. Sie mühten ihn einmal hören! bekam ich
mir immer wieder zur Antwort. Er nahm ihnen ihre
Sorgen ab, sie gingen erleichtert fort, erklärten aber konnten
sie's mir nicht. Es schien also nicht so sehr das, was er
ihnen sagte, so stark auf sie zu wirken, denn das hätten
sie mir ja beichten können, sondern eher seine bloße
Gegenwart, die offenbar von einer beruhigenden, ja be-
glückenden Macht war. Doch sprachen sie nicht gerne davon,
fast als ob ihnen das Erlebnis dadurch entweiht werden
könnte. Ich aber wunderte mich, daß es unter uns im
verborgenen einen so heilkräftigen Mann geben sollte.

Monate waren seitdem vergangen, ich hatte dies in
der Hast meiner verstreuten Tätigkeit schon halb wieder
vergessen, als mir jemand, diesmal in Westpreußen, über
meinen Roman „O Mensch!“ sprach und mich auf einmal
fragte: Kennen Sie Johannes Müller? Er wollte mir
gar nicht glauben, als ich's verneinte. Und er sagte mir
und bat mich fast: Sie mühten Johannes Müller kennen!
Ich fragte wieder: Warum? Er antwortete bloß: Es
wäre eine große Freude für Sie. Aber auch er wieder
konnte mir sonst nichts sagen, auch er wiederholte mir nur
immer: Sie mühten ihn kennen!

Nur einmal neugierig gemacht, begann ich selbst, ihn
gen zu nennen, und staunte, wieviele ihn bei sich im
Herzen trugen. Sein Name machte sie zutraulich, sie
leuchteten auf, bald aber schien es sie wieder zu reuen und
eine Scheu ließ sie mir niemals mehr von ihm ver-
raten, als daß sie ihm so viel verdankten und es auch
mir gönnen würden. Ich fand ihn bei suchenden und bei
leidenden Menschen lebendig, bei Menschen, die kein Glück
gehabt, und bei Menschen, die das Glück enttäuscht hatte,
gar aber bei Frauen, solchen Frauen, die tief bei sich an
einer unerwiderten Sehnsucht halb krank, halb selig sind.
Und ich wußte jetzt schon, daß, wo mir immer irgend ein
Wesen durch stille Freudigkeit verklärt, von innerer Zu-
versicht bestrahlt erschien, ich nur Johannes Müller zu
nennen hatte, um lieblich empfangen zu sein. Da begab

es sich noch dazu, daß ich voriges Jahr im Schaufenster
einer Bayreuther Buchhandlung ein Heft traf, mit der
Aufschrift: „Was hat uns Johannes Müller zu sagen?“
Dies war doch meine Frage, die niemals Antwort fand!
Aber auch jetzt nicht; das Heft enttäuschte mich. Doch blieb
ich von einer seltsamen inneren Unruhe verfolgt, die nicht
zu beschwichtigen war, bis ich eins seiner Bücher nahm.
Das enttäuschte mich nicht. Aber jetzt verstand ich erst, was
mir alle gesagt hatten. Ich verstand, daß es notwendig
war, ihn selbst kennen zu lernen, von Angesicht zu sehen
und seine Stimme zu hören. Ich erkannte jetzt, daß er
von den Menschen einer ist, die nicht durch das Wort,
nicht durch irgend eine Tat, durch kein Zeichen wirken,
sondern dadurch, daß sie da sind. Daß sie da sind, tröstet,
beglückt und erlöst uns. Daß es solche Menschen geben
kann, ist das Wunder, das uns durch sie geschieht; dadurch
finden wir uns wieder zurecht. Dies machte mir sein Buch
gewiß. Ich mußte zu ihm und da — gaben wir uns
lachend als alte Kameraden die Hände, denn wir kannten
uns seit zwanzig Jahren, wir hatten es nur vergessen.

Wir waren einen Tag in Berichtesgaden, einen in
Salzburg zusammen. Und ich sah sein Angesicht und hörte
seine Stimme. Dann las ich seine Bücher**), las sie jetzt
im Gefühl seiner Gegenwart, las sie mit dem Blick ins
erste Grün des aufspringenden Frühling. Und alles
erfüllte sich. Nicht aber, als ob er mir etwa verkündigt,
was ich noch nicht gehabt hätte, sondern dies beseligte mich,
daß er, indem er sprach, immer bloß mich selbst aussprach;
und indem ich ihm zuhörte, schien ich nur mich selber an-
zuhören, mich, der bisher immer geschwiegen hatte, durch
sternen Mund aber sich der eigenen Geheimnisse jetzt
entlud. Und so verstand ich seine Macht. Er hat mir mein
Herz eröffnet. Das ist es, was ihm Tausende verdanken.

*) Vortrag von Dr. F. Megelein, C. F. Beck'sche Verlags-
buchhandlung Oskar Beck, München, 1911.

**) Von den Quellen des Lebens, „Die Bergpredigt“, „Die
Reben Jesu“, „Bern und Stellung der Frau“, C. F. Beck'sche Ver-
lagsbuchhandlung Oskar Beck, München. Ferner die „Blätter zur
Pflege persönlichen Lebens“, vierzehn Bände, Schloß Mauthausen.

Der Regierungswechsel in Ungarn.

Wien, 17. April.

Am heutigen Tage ist in der langwierigen Krise der Wehrreform in Ungarn, die sich nun durch fast zehn Monate hinschlept, eine scharfe Wendung eingetreten. Der Kaiser hat die Demission des Kabinetts Khuen-Hedervary angenommen, und damit ist der Weg frei geworden, um zu einem Frieden im ungarischen Parlament zu gelangen, der eine rasche Erledigung des Wehrgesetzes sichert. Graf Khuen-Hedervary hat trotz seiner großen Mehrheit die Obstruktion gegen das Wehrgesetz nicht überwinden können; er hat sich zuletzt auf eine Bahn locken lassen, die in lauter Truggänge und Sackgassen geführt hat, aus denen er keinen Ausgang finden konnte. In seiner heutigen Audienz hat er dem Kaiser den Finanzminister Ladislaus v. Lukacs als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Herr v. Lukacs wird morgen oder übermorgen eine Berufung nach Wien erhalten, und man glaubt, daß er in seiner Audienz dem Kaiser bereits einen Entwurfsplan wird unterbreiten können. Finanzminister v. Lukacs hat auch in den letzten Monaten, als das Kabinett Khuen sich in die verhängnisvolle Resolutionspolitik drängen ließ, seine Solidarität mit dem Chef der Regierung festgehalten. Allein es ist bekannt, daß er in der Arbeitspartei auf Seiten jener stand, welche eine weitherzige Wahlreform wünschten und daher den Frieden im Parlament durch einen Ausgleich mit der Justiz-Partei herstellen wollten. Mit der Designierung des Herrn v. Lukacs zum Ministerpräsidenten wird diese Politik durchdringen und es sprechen alle Anzeichen dafür, daß auch Graf Stephan Tisza und sein Anhang der Politik des Herrn v. Lukacs keinen Widerstand entgegenzusetzen werden. Finanzminister von Lukacs hat in den Kreisen der Justiz-Partei stets Sympathien gehabt, und das gestrige Communiqué dieser Gruppe war ein Beweis dafür, daß das Vertrauen, welches die Anhänger des Herrn v. Justiz dem Finanzminister v. Lukacs entgegenbringen, für die Herstellung eines Friedens im ungarischen Parlament von wesentlicher Bedeutung sein wird. Wie verlautet, sind auch die Fäden zwischen dem künftigen Ministerpräsidenten und der Obstruktionsteil bereits angeknüpft, und ein Kompromiß ist auf dem Wege, das auf der einen Seite die Wahlreformwünsche der Justiz-Partei befriedigen und auf der anderen Seite die Erledigung des Wehrgesetzes sichern soll. Die gegenwärtige Kabinettskrise in Ungarn dürfte einen rascheren Verlauf nehmen als die Resolutionskrise.

Nach der Demission des Kabinetts Khuen-Hedervary.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Budapest, 17. April.

Das Kabinett Khuen-Hedervary hat heute abends sein Demissionsgesuch, welches vom Ministerpräsidenten in seiner heutigen Audienz mündlich angekündigt wurde, in aller Form unterfertigt. In den Abendstunden erschien der Leiter der Präsidialsektion des Ministerpräsidentiums Alfred v. Lazar-Drajche im Klub der Arbeitspartei, wo mit Ausnahme des Ministerpräsidenten sämtliche Minister anwesend waren, und ließ das Schriftstück von allen Mitgliedern des Kabinetts unterfertigen. Das Demissionsgesuch wird nun unverzüglich dem Kaiser unterbreitet werden. Wahrscheinlich wird erst die übermorgige Nummer des Amtsblattes die Annahme der Demission verlautbaren mit der herkömmlichen Klausel, daß das scheidende Kabinett mit der provisorischen Weiterführung der Geschäfte betraut wird. Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary, der abends um 7 Uhr in Budapest eintraf, erschien nicht im Klub der Arbeitspartei, hatte jedoch noch spät am Abend eine lange Unterredung mit dem Finanzminister Ladislaus v. Lukacs.

In den dem Ministerpräsidenten Grafen Khuen-Hedervary nahestehenden Kreisen wird bestätigt, daß Ladislaus v. Lukacs aller Wahrscheinlichkeit nach schon morgen oder übermorgen eine Berufung zum Monarchen erhalten wird. Andere Politiker werden wahrscheinlich nicht in Audienz erscheinen, zumindest würde dies nur dann geschehen, wenn Herr v. Lukacs selbst einen solchen Vorschlag machen sollte. Es wird auch bestätigt, daß die Berufung des Herrn v. Lukacs auf eine direkte Anregung des Grafen Khuen-Hedervary erfolgen wird, welcher in seiner heutigen Audienz der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß Ladislaus v. Lukacs die geeignetste Persönlichkeit sei, um die Kabinettsbildung zu übernehmen und die meisten Ausichten darauf hat, den Aufgaben, die des künftigen Kabinettschefs harren, gerecht zu werden. Diese Aufgaben sind die Erledigung der Wehrreform und der Wahlreform. Der Standpunkt, daß zwischen diesen beiden Fragen eine Verbindung nicht zu Stande gebracht werden dürfte, wie dies Graf Khuen-Hedervary immer erklärt hat, ist mit der Demission des Kabinetts Khuen-Hedervary als beseitigt zu betrachten und die Bemühungen werden sich nunmehr darauf richten, in beiden Fragen eine friedliche Lösung vorzubereiten. Die Lösung des Problems, welches sich Herrn v. Lukacs darbietet, hängt davon ab, ob es gelingt, in der Wahlrechtsfrage Abmachungen zu treffen, welche die Arbeitspartei in ihrer Gänge vertretten könnte und welche dabei auch die Opposition soweit zufriedenstellen würden, daß sie auf die Anwendung außerordentlicher parlamentarischer Mittel verzichtet. Der Schlüssel der Situation liegt somit in der Wahlrechtsfrage. Wird diese Frage gelöst, so werden sich der Erledigung der Wehrreform kaum mehr nennenswerte Schwierigkeiten entgegenstellen.

Was nun die Wahlreform betrifft, so sind die Gegensätze auch hier nicht mehr so scharf, als sie es vor einigen Jahren waren. Die Justiz-Partei steht auf dem Standpunkte des allgemeinen, gleichen, geheimen und gemeindefreie auszubildenden Wahlrechtes. Bezüglich der Gleichheit des Wahlrechtes besteht kein Meinungsunterschied zwischen den Parteien, denn man versteht unter diesem Schlagwort allgemein bloß, daß kein Pluralitätssystem geschaffen werden dürfe, und daran denkt auch die Arbeitspartei nicht. Daß die Abstimmung gemeindefreie ausgebildet werden muß, ergibt sich aus der beträchtlichen Vermehrung der Wählerzahl von selbst, da es unmöglich wäre, die Wähler im Falle der Ausdehnung des Wahlrechtes auch weiter den in einzelnen Bezirken sehr weiten Weg bis zum Zentrum des Wahlbezirk zurücklegen zu lassen. Auch die Allgemeinheit des Wahlrechtes wird nicht angefochten, und selbst die konservativsten Elemente des Abgeordnetenhauses stehen in keinem Gegensatz zu dieser Forderung. Der Unterschied zwischen der Justiz-Partei und dem konservativen Flügel des Hauses liegt nur darin, daß beide den Kreis jener abhängigen Elemente, welche aus dem Wahlrecht ausgeschlossen bleiben sollen, nicht in gleicher Weise ziehen. Die Justiz-Partei will möglichst wenig Elemente als abhängig qualifizieren und bringt eine Wählerzahl von etwa 2-6 Millionen heraus, während die konservativen Elemente dadurch, daß sie auch die Ränge des Domizils unter die Wählerqualifikation aufnehmen und das Wahlrecht der Hausier auf dem Lande nicht schrankenlos ausdehnen wollen, weitere drei- bis vierhunderttausend Wähler von dem Wahlrecht ausschließen möchten. Der Unterschied ist nicht so groß, daß hier eine Einigung nicht möglich wäre. Am schärfsten standen sich die beiden Richtungen bisher in der Frage der geheimen Abstimmung gegenüber, welche die Justiz-Partei forderte, die konservativen Elemente dagegen perhorreszierten. Doch ist auch in diesem Punkte bereits vielfach ein Kompromißvorschlag erörtert worden, welcher dahin geht, die geheime Abstimmung auf die Städte, eventuell sogar auf gewisse Städte, zu beschränken. Man

hält es somit nicht für ausgeschlossen, daß es Herrn von Lukacs gelingen wird, in der Wahlrechtsfrage alle Parteien zu vereinigen. Dies wird um so leichter möglich sein, als es sich vorläufig nicht darum handelt, die Wahlreform selbst auszuarbeiten, sondern bloß ihre Grundzüge festzulegen. Es ist durchaus möglich, daß dies geschehen kann, ohne daß die Einheit der Arbeitspartei eine Einbuße erleiden würde und ohne daß die Justiz-Partei einen weiteren Grund zur Obstruktion hätte.

Ist einmal die Frage der Wahlreform gelöst, so wird die Wehrreform sich vermutlich in kurzer Zeit durchsetzen lassen. Mit der Möglichkeit, daß die Justiz-Partei auf ihren Resolutionsstandpunkt zurückgreifen und nun ihrerseits gegen die Wehrreform obstruieren werde, wird ernstlich nicht gerechnet.

Die Delegationen sollen nach der Absicht des Freiherrn v. Lukacs nur zur Botierung eines definitiven Budgets zusammentreten, und zwar erst nach Erledigung der Wehrreform. Dis dahin dürfte es gelingen, das Verhältnis zwischen der Arbeitspartei und dem Kriegsminister zu klären.

Daß Herr v. Lukacs nicht schon heute eine Berufung erhalten hat, scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß man ihm Zeit lassen wollte, sich in Budapest einigermaßen zu orientieren, damit er dem Monarchen einen fertigen Plan vorlegen könne. Herr v. Lukacs dürfte jedoch schon morgen oder übermorgen genügend Klarheit über die in Rede stehenden Fragen gewonnen haben, und er wird jedenfalls noch im Laufe dieser Woche in Audienz empfangen werden. Man hegt in den Kreisen der Arbeitspartei keinen Zweifel, daß er als designierter Ministerpräsident das Arbeitszimmer des Monarchen verlassen wird, und man hält es auch für sicher, daß seine Mission gelingen wird.

Die Zusammensetzung des Kabinetts Lukacs.

In politischen Kreisen zirkulieren verschiedene Gerüchte darüber, wie Herr v. Lukacs sein Kabinett zusammensetzen würde. Diese Nachrichten sind zwar vertrieht und können auf keinerlei Authentizität Anspruch machen. Herr von Lukacs selbst hat erklärt, daß alle diese Gerüchte auf bloßen Kombinationen beruhen und daß man noch lange nicht so weit sei, daß schon Ministerlisten aufgestellt werden können.

Nach den erwähnten Gerüchten würde Herr v. Lukacs das Finanzministerium behalten. Auch Vorbedminister Feldmarschalllieutenant Szazi und Ackerbauminister Graf Serenyi sollen im Amte bleiben. Vom Grafen Johann Zich heißt es teils, daß er das Kultus- und Unterrichtsministerium behalten werde, teils, daß er zum Minister am königlichen Hoflager ausersuchen sei. Für das Ministerium am königlichen Hoflager werden jedoch auch noch andere Namen genannt, darunter auch der des Grafen Khuen-Hedervary, der indes nicht gesonnen ist, ein Portefeuille zu übernehmen, und der des Fürsten Tassilo Festetics, dem dieser Posten schon wiederholt, aber immer ohne Erfolg angeboten wurde. Als Minister des Innern wird in den erwähnten Kombinationen teils Ludwig v. Navay, teils Franz Kabos genannt. Minister für Kroatien soll angeblich Graf Theodor Pejacsevich werden. Für das Kultusministerium wird auch Albert v. Berzeviczy genannt. Handelsminister soll Ladislaus v. Bethy bleiben.

Es ist selbstverständlich, daß diese Ministerkombinationen derzeit auf bloßen Vermutungen beruhen.

Herr v. Lukacs und die Justiz-Partei.

Wien, 17. April.

Zwischen Herrn v. Lukacs und den Führern der Justiz-Partei hat seit der Demission des Kabinetts Khuen-Hedervary bereits eine gewisse Berührung stattgefunden. Die Pourparlers zwischen ihnen sind so weit vorgeschritten, daß man eine Verständigung bezüglich der aktuellen Fragen der ungarischen Politik, und zwar sowohl hin-

Er gibt ihnen nichts, was sie nicht schon hätten. Aber sie wußten nicht, was sie haben. Sie suchten überall herum, da nimmt er sie leise bei der Hand und führt sie, bis sie sich finden; und nichts sonst als bloß sich selbst. Und sind sie dann ganz bei sich, so lernen sie von ihm sich zu verhalten. Sich gegen das andere verhalten, gegen alles, was ihnen nicht eigen ist, auch gegen ihn. Dies macht ihn so stark, daß er ganz reinen Willens ist. Nichts von sich drängt er den Menschen auf, er will sie nicht anders, als sie sind, er will sie, nicht sich. Er ist allen der Dienende, er ist allen der Liebende. Er ist es ganz unbewußt, er steht in Liebe da, wie ein Baum in Blüten. Dadurch erkennen sich die Menschen an ihm. Mehr gibt er ihnen nicht, er gibt ihnen nur das Leben.

Es werden heute nicht viele die Kraft finden, aus dem Kerker unserer Täuschungen zu sich selber durchzubrechen; den „Durchbruch“ haben es schon unsere alten deutschen Mystiker genannt. Wer aber allen Trug zerbrechen, bis er sich selbst gefunden hat, der steht dann dort erst wieder noch einem letzten Trug gegenüber. Er ist erlöst, weil nun alles in ihm schweigt, bis auf das Ureigene, wodurch er am ewigen Geheimnis hängt; aus dem Ureigenen ist ihm die Ewigkeit entgegen und so kann es ihm leicht widerfahren, daß er dies Ureigene, sein Dasein der Ewigkeit, nun für das Ewige selbst nimmt und auch andere, wenn sie sich nur sein Ureigenes aneignen lernen, dadurch mit der Ewigkeit zu vereinen meint, deren sie sich aber, sie, doch bloß von ihrer, ihrer wieder ganz anderen Ureigenheit aus bemächtigen können. Das ist des Menschen letzter Wahn, als wäre, was einer, ganz in sich selbst versenkt, dort als sein eigenes Gesetz erblickt, nun auch das allgemeine Gesetz für alle; und so wird das Heil, das einer sich gewann, indem er sich befreit hat, auch wieder anderen zum Fluch, die, durch ihn auch wieder bloß von sich selber weglockt, dann gerade durch sein Beispiel, das sie, recht befolgt, retten könnten, sich nur noch immer mehr verlieren und enteignen. an

ihn, an sein inneres Recht, das aber ihnen Unrecht, an seine Wahrheit, die für sie zur Lüge wird. Er ist erlöst, weil er sich selbst gefunden hat, aber statt nun den anderen zu helfen, daß auch sie sich selber finden, lehrt er sie ihn finden, ihn statt sich. Daß Johannes auch diesen letzten Trug durchschaut, auch diese letzte Versuchung überwinden hat, daß er sich keine Freiheit nimmt, die er nicht auch allen anderen gibt, daß er ihnen nicht sich, sondern sie selbst zeigt, das hat sich nur ein Mensch des jählichsten, des innigsten Mitgeföhls abringen können, nur einer, der das innerste Verlangen des ganz frei gewordenen, seinem Wesen wieder gegebenen Menschen erlebt hat: sich anderen darzubringen. Unser tiefster Wunsch weiß, daß das wahre Leben des Menschen darin besteht, sich anderen darzubringen. Um dies zu können, muß er sich erst selber haben. Hat er sich und läßt sich walten, so sieht er, daß sich nur erhält, wer sich hingibt. Der heutige Mensch lebt von anderen für sich. Wer aber die Stimme seines Herzens erhört, lernt von sich für andere leben. Nur durch uns selbst geht der Weg zur Liebe.

Aber wer geht ihn bis ans Ende? Die meisten glauben, wenn sie nur erst den Täuschungen entronnen und zu sich gekommen sind, alles sei getan. Ihre Kraft reicht, das Hindernis zu überwinden. Aber bei sich angekommen, fallen sie hin und bleiben liegen, erschöpft. Sie haben den Ruf vernommen: Werde, was du bist! Aber den neuen Ruf vernehmen die Müden nicht mehr: Bist du's geworden, dann sei's auch! Das letzte Wort der Menschheit erleben sie nicht: Du bist nur, was du tust! So hilft es ihnen nichts, daß sie sich gefunden haben, denn es fehlt ihnen die Kraft, sich zu bewahren; nur wer sich ausgibt, nimmt sich immer wieder ein, nur die Tat bewahrt uns, nur der Wirkende lebt.

Weltflucht? Je nachdem, man das Wort meint. Was einer uns tägliche Brot in der Welt zu verdrängen auf sich nimmt, das überwächst manchen so, daß er dann nichts

mehr in sich hat als sein Geschäft, er wird zur bloßen Figur seines Berufes, er ist nur noch Bauer, Arbeiter, Kaufmann, Soldat, Gelehrter, Künstler und sonst nichts; das Mittel also, wodurch er sich am Leben erhalten soll, hat den ganzen Menschen aufgesaugt, er stirbt daran. Will er von diesem Tod erwas, muß er aus jener Welt entfliehen. Wer aber, erwacht, sich dann lieber gar nicht mehr regen will, aus Furcht, sich wieder zu verlieren, was gewinnt der? Er hätte nur die Todesart gewechselt. Diese Weltflucht will Johannes Müller nicht. Wenn wir jahrlang gelebt haben, ist das kein Grund, gar nicht mehr zu leben. Wenn wir den Wahn jener Welt erkannt haben, wohl, so schaffen wir aus uns die wahre! Wenn wir uns bisher ans Leben verloren haben, so wollen wir uns jetzt nicht dem Leben entwinden, wir wollen uns jetzt am Leben erfüllen! Nicht an irgend einem fernem Leben, das erst spätem Entfeln kommen soll, sondern jeder an dem seinen, jeder an dem Kreis, den ihm das Schicksal zugewiesen hat, jeder an der Pflicht, die der Tag ihm bringt. Wenn wir warten, bis das neue Leben kommt, kann es niemals kommen, es ist schon da, es ist in uns, und wenn wir uns nur entfalten, haben wir es. Hier oder nirgends ist das dritte Reich, es ist mitten unter uns, wir müssen nur Augen haben, es zu sehen, Ohren, es zu hören, und Hände, es zu tun.

Johannes Müller erinnert die Menschen daran, Menschen zu sein. Diese Wahrheit ist schon öfter entdeckt worden. Doch sind die meisten so, daß sie zwar nach der Wahrheit verlangen, aber bloß für sich allein. Zwar beklagen sie den Irrtum der anderen, aber eigentlich tut es ihnen wohl, etwas vor ihnen vorauszuhaben. Sie sondern sich damit ab, sie schließen sich darin ein, sie wollen ganz ungestört in der Wahrheit sein. Diesen sterilen Hochmut der Frommen, die sich auserwählt fühlen, hat Johannes Müller nicht. Auch nichts von ihrer gesalbeten Feierlichkeit, von ihrer zagenden Empfindsamkeit, von ihrem mystischen Dunkel. Er ist fromm, ohne darüber geizig zu sein, er

Sichtlich der Wehrreform als auch hinsichtlich der Wahlreform als höchst wahrscheinlich betrachten kann.

Die Wahlreform würde vorläufig nur in ihren leitenden Grundfragen festgelegt werden. Es ist möglich, daß zwischen der Festlegung der Grundfragen der Wahlreform einerseits und der Wehrreform andererseits ein Zusammenhang konstruiert werden wird, entweder in Form eines Punktes oder in der Weise, daß die Wehrreform und ein die leitenden Grundfragen der Wahlreform enthaltendes Gesetz im Abgeordnetenhaus parallel behandelt würden, sei es durch Abhaltung von Nachmittagsitzungen, sei es so, daß einige Sitzungstage in jeder Woche der Wahlreform gewidmet würden.

Der Ausnahmestatus in Kroatien.

Aufhebung des Ausnahmestandes infolge des Kabinettswechsels in Ungarn.

(Telegramm der Wiener Freien Presse.)

Budapest, 17. April.

In den ungarischen politischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß der Kabinettswechsel in Ungarn auch auf die Verhältnisse in Kroatien zurückwirken werde. Sollte es Herrn v. Lufacs gelingen, ein Kabinett zu bilden und einen Frieden zwischen den Parteien herzustellen, so dürfte der Ausnahmestatus in Kroatien, der auch in einem Teile des ungarischen Abgeordnetenhauses scharfe Kritik erfahren hat, aufgehoben werden. Man glaubt jedoch, daß diese Schritte nicht gleich die erste Regierungshandlung des Kabinetts Lufacs sein würden und daß ihnen noch längere Verhandlungen wegen der Etablierung eines neuen Kurses in Kroatien vorhergehen werden.

Die Debatte über Kroatien im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Im nachstehenden ergänzen wir den Bericht des Abendblattes über die kroatische Debatte des ungarischen Abgeordnetenhauses.

Nach einer Rede des kroatischen Abgeordneten Doktor Popovics erklärt der Präsident, es sei nicht gestattet, im Abgeordnetenhaus Ausdrücke zu gebrauchen, die zu Mißverständnissen und unrichtigen Konsequenzen Anlaß geben könnten. Der Redner habe den Ausdruck 'kroatische Delegation' gebraucht. Der Präsident mache ihn deshalb unter Berufung auf die Staatsrechtsgelehrte aufmerksam, daß im Abgeordnetenhaus Ungarns bloß Reichstagsabgeordnete anwesend seien. (Zustimmung rechts und links.) Wir können hier, erklärt der Präsident, eine 'kroatische Delegation' nicht anerkennen, da Kroatien und Ungarn eine untrennbare einheitliche Staatsgemeinschaft bilden. (Allgemeine Zustimmung.) Die verfassungsrechtlichen Gesichtspunkte, auf die sich der Redner bezieht, finden eben in der Einheit des Reiches der St. Stephanskrone ihre sichersten Garantien. Deshalb weise ich den Ausdruck 'kroatische Delegation' als unförmlich Staatsrechte direkt widersprechend auf das entchiedenste zurück. (Allgemeine Zustimmung.)

Abg. Szterenyi (parteiloser Siebenundsechziger) verteidigt die kroatische Politik der Koalitionsregierung. Die Dienstpragmatik der Eisenbahner involviere keine Verletzung des Ausgleiches. Sie bezwecke auch nicht die Lösung irgend einer Sprachfrage und wolle bloß das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern regeln. Wenn nichtsdestoweniger Mißverständnisse aufgetaucht seien, so müsse der ungarische Reichstag die Mittel und Wege finden (Beifall), um diese Mißverständnisse Kroatien gegenüber zu zerstreuen. Nach seiner Überzeugung sei dies auch ohne Verletzung des Ansehens des ungarischen Staates möglich. Seinerzeit wurde die Applaudierung des Konflikts im Wege der Regimolar-Deputation angeboten. Die damaligen kroatischen Abgeordneten haben jedoch diese rundweg abgelehnt. Er glaube zwar nicht, daß durch die Lösung der Frage der Dienstpragmatik allein die Ordnung in Kroatien hergestellt werden könne, doch sei es Pflicht der ungarischen maßgebenden Faktoren, hilfreiche Handhabe zu bieten. (Beifall.) Er gehöre zwar nicht zu den Anhängern der Regierung, könne sich aber keine ungarische Regierung und auch kein ungarisches Parlament vorstellen, die, sobald das Vorhandensein einer gegen die Integrität des ungarischen Staates gerichteten Agitation erwiesen ist, auch nur einen Moment zögern könnten, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. (Lebhafter Beifall rechts.) Eine Regierung,

ist gut, ohne Tränen zu vergießen, er ist hell wie der Tag und klar wie der Verstand. Er kennt die Grenzen des menschlichen Verstandes. Er weiß, daß wir uns der Wahrheit bloß durch das innere Gefühl bemächtigen können, nicht durch den Verstand. Er weiß, daß wir vom Verstande nicht leben können. Er weiß, daß wir, wenn wir es versuchen, uns nur immer mehr von uns entfernen. Aber er weiß auch, daß, wenn wir erst durch das Gefühl unser Leben gefunden haben, darin dann auch dem Verstande sein Platz gehört und daß wir, um uns miteinander zu verständigen, nun einmal doch nichts anderes haben als den Verstand. Er stellt ihn, wohin er gehört, und ist gleich weit davon, den Verstand durch Gefühl zu verwirren, wie das Gefühl durch Verstand. Er hält sich wohl in Ordnung, jede Kraft am rechten Ort, zum schönsten inneren Einklang. Er ist kein Schwärmer, verheißt keine Wunder und macht sich keine Gnaden an. Wen nach Zauberer verlangt, den wird er enttäuschen. Wer sich mit irrer Seele nach einer Flamme sehnt, um die Schmach unseres Lebens zu vertilgen, wer blutige Zeichen am Himmel erwartet, wer Verzückungen braucht, der geht an ihm vorüber und kann ihn nicht erkennen. Es heißt in der Schrift: Und ein großer starker Wind, der die Berge zerriß und die Felsen zerbrach, ging vor dem Herrn her, der Herr aber war nicht im Winde; nach dem Winde aber kam ein Erdbeben, aber der Herr war nicht im Erdbeben; und nach dem Erdbeben kam ein Feuer, aber der Herr war nicht im Feuer; und nach dem Feuer kam ein stiller sanfter Regen — und da war der Herr. Dies stille sanfte Säusen hat Johannes Müller. Er ist nichts als ein natürlicher Mensch. Ein wieder ganz zur Natur zurückgekehrter Mensch. Ein natürlicher Mensch in einer Welt, die den Menschen und die Natur überall verleugnet und ihren Stolz in diese Verleugnung setzt. Wer aber ungeheim doch tief in sich Natur und Menschlichkeit noch leise spürt, der kann an ihm genesen.

die dies nicht getan hätte, müßte in den Anklagezustand versetzt werden. Es ist Pflicht der Regierung, Schwärmer, die staatsfeindliche Ideen propagieren, zu ernütern. Uebrigens wünsche auch ich, daß der Ausnahmestatus ehestens aufgehört.

Abg. Graf Theodor Batthyany repliziert auf die Behauptung des Redners, als würde er an dem Sprachkonflikt in Kroatien Schuld tragen.

Abg. Geza Polonyi bemerkt, die Deklaration der Kroaten bestätige das Vorhandensein staatsgefährlicher Symptome. Die Kroaten mögen ihre Beschwerden und Wünsche im Hause genau präzisieren. Ohne deren Kenntnis könne der ungarische Reichstag die aufgetauchten Schwierigkeiten nicht in realer Weise lösen. Redner wende sich auch dagegen, daß die Kroaten immer von einer Staatsgemeinsamkeit und nicht von der Staatseinheit zwischen Kroatien und Ungarn sprechen. Solange die Kroaten sich trenn zum Ausgleich bekennen, werden sie in der ungarischen Unabhängigkeitspartei stets warmes Verständnis für ihre Bestrebungen finden. Auch in der Frage der Dienstpragmatik, für die nur Abg. Szterenyi verantwortlich gemacht werden könne, werde sich durch gegenseitiges Einvernehmen ein Modus für eine befriedigende Lösung finden.

Hier wird die Debatte unterbrochen.

Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Motivierung des Antrages auf Einsetzung einer parlamentarischen Kommission in der Wahlreformfrage, ferner Generaldebatte über die Wehrreform.

Es folgen Johann Interpellationen.

Abg. Desider Polonyi interpelliert in Angelegenheit der Verpachtung der Margareteninsel und kritisiert das mit der betreffenden Aktiengesellschaft abgeschlossene Abkommen. Er protestiert dagegen, daß auf der Insel eine Spielbank errichtet werde, und fordert, daß der Vertrag der Geheggebung unterbreitet werde.

Abg. Egri (parteiloser Achtundvierziger) führt in einer Interpellation Beschwerde, daß auf zwei in Budapest während der Osterfeiertage abgehaltenen Volksversammlungen die Redner sich mit ungarischen Angelegenheiten befaßten, indem sie die Zustände in einem ungarischen Priesterseminar besprachen, wobei sie Ungarn schmähten und in einer Resolution gegen das 'neueste barbarische Auentat' Ungarns protestierten. Er verlangt, daß der Minister des Äußeren auf diplomatischem Wege der ungarischen Nation für diese groben Beschimpfungen Genugtuung verschaffe.

Die Interpellation wird an den Ministerpräsidenten geleitet und die Sitzung hierauf geschlossen.

Die südslavischen Abgeordneten und der Ausnahmestatus in Kroatien.

Wien, 17. April.

Die dalmatinischen Abgeordneten und der slovenisch-kroatische Klub des Abgeordnetenhauses hielten heute abends separate Beratungen darüber ab, in welcher Form der Ausnahmestatus in Kroatien auch im österreichischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht werden könnte. Im dalmatinischen Klub, dessen Sitzung auch der dalmatinische Landtagsabgeordnete Dr. Trumbic beigezogen war, erstattete Abgeordneter Baljal ein ausführliches Referat über Rückwirkung und Folgen des Ausnahmestandes in Kroatien auf Dalmatien und auf die übrigen von Kroaten bewohnten Länder. In der Debatte kam allgemein die Auffassung zum Ausdruck, daß, solange der Ausnahmestatus in Kroatien dauert, die südslavischen Abgeordneten in den Vertretungskörpern die allerjährliehen Kampfmittel zur Anwendung bringen müssen. Eine Beschlußfassung darüber, in welcher Form die Angelegenheit auch vor das österreichische Abgeordnetenhaus gebracht werden soll, konnte trotz der mehr als dreistündigen Dauer der Sitzung nicht erfolgen, weil der gleichzeitig beratende slovenisch-kroatische Klub die Beschlußfassung über diesen Gegenstand auf morgen verschoben hatte.

Im slovenisch-kroatischen Klub erstattete der Vorsitzende Abgeordneter Dr. Sustercic das Referat, der dabei auch darauf hinwies, daß bei der Wahl der Kampfmittel die größte Vorsicht und die Abwägung der bestehenden Verhältnisse angewendet werden müsse. Auch hier dauerte die Debatte bis gegen 10 Uhr. Die endgültige Beschlußfassung soll morgen vor der Hausführung im Einvernehmen mit den dalmatinischen Abgeordneten erfolgen. Der Beratung wohnten bei: Herrenhausmitglied Hofrat Bukovic, die ehemaligen Abgeordneten des kroatischen Landtages Dr. Prebeg und Dr. Horvat, die dalmatinischen Landtagsabgeordneten Bürgermeister Krselj und Dr. Drinkovic.

Wie wir erfahren, werden die Südslaven zu keinerlei obstruktionistischen Mitteln greifen. Es wird eine Interpellation eingebracht werden, über deren Beantwortung von der Regierung die Debatte eröffnet werden soll. Diese Debatte dürfte drei bis vier Stunden in Anspruch nehmen.

Die Wehrreformsession.

Wien, 17. April.

In einem für die Monarchie wichtigen Augenblicke tritt das Abgeordnetenhaus morgen wieder zusammen. Das Kabinett Khuen ist gefallen, und damit wird aller Voraussicht nach in Ungarn der Weg für eine rasche Erledigung des Wehrgesetzes geebnet werden. Es ist nicht unmöglich, daß die künftige ungarische Regierung die Verabschiedung der Wehrreform im Laufe weniger Wochen beschleunigt. Da wird auch das österreichische Parlament mit Beschleunigung an die Verhandlung gehen müssen. Die Schaffung des Wehrgesetzes wird einen zehnjährigen, an Krisen und katastrophalen Wendungen reichen Kampf um die Ausgestaltung der gemeinsamen Armee beendigen, und eine Tagung des Parlaments, in der diese große Reform Gesetz wird, erhält eine besondere, in der politischen Geschichte der Monarchie wichtige Stellung. Die morgen beginnende Session wird daher vor allem eine Wehrreformsession sein. Die Schaffung des Wehrgesetzes wird von der Bevölkerung und von der Armee mit Ungeduld erwartet. Dem Volke bringt sie die zweijährige Dienstzeit und weitgehende Erleichterungen in der Wehrpflicht; der Armee sichert sie nach jahrelanger Knappheit die Möglichkeit ruhiger Ausgestaltung. Der Abschluß des Kampfes um die Wehrreform wird das Ansehen der Monarchie im Auslande kräftigen, und schon darum wird sich das österreichische Parlament beeilen, hinter Ungarn nicht zurückzubleiben. Für die rasche Veratuna des Wehrgesetzes

spricht aber auch eine praktische Notwendigkeit. Die Rekrutierungen sind in diesem Jahre noch nicht vorgenommen, und die Tausende von jungen Leuten, die heuer ihrer Affektierungspflicht nachkommen, wären froh, wenn sie endlich über ihr Schicksal Gewißheit hätten. Die erste und wichtigste Arbeit des Parlaments wird die Verhandlung der Wehrreform sein.

Die zweite Aufgabe der Session wäre die Beratung des Budgets. Mit der Verhandlung des Staatsvoranschlages ist das Abgeordnetenhaus in diesem Jahre ganz außerordentlich rüchständig. Wir sind in der Mitte des April, und im Budgetausschusse ist nicht einmal noch die Generaldebatte begonnen worden. Die Aussichten, daß die Volksvertretung ihre wichtigste Jahresaufgabe, die Dotierung des Budgets, wird erfüllen können, sind deshalb sehr gering. Der Budgetausschuss konnte bisher nicht zum Voranschlag kommen, weil die italienischen Abgeordneten den Weg nicht frei gegeben haben. Die alte Schuld des Parlaments, die italienische Fakultät, ist noch immer unbeglichen. Die Frage nach dem Standorte konnte bisher nicht gelöst werden, und so findet das Parlament nach Ostern dieselbe Lage wie nach Weihnachten. Die Befriedigung der italienischen Wünsche nach Errichtung der Rechtsfakultät hängt mit wichtigen politischen Interessen zusammen. Im Königreiche Italien ist die Erkenntnis von dem großen Werte des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn während der schicksalsschweren Monate des tripolitischen Feldzuges in die weitesten Schichten gedrungen. Wiederholt sah man das feltene Schauspiel sympathischer Kundgebungen der Menge für den österreichischen Bundesgenossen. Da wäre es von Wichtigkeit, daß die Fakultätsfrage, die eines der unwägbarsten Elemente in der Stimmung zwischen der Monarchie und Italien ist, endlich aus der Welt geschafft würde. Wenn dies in dieser Session gelänge, so hätte das Parlament, so klein das Gesetz über die Fakultät ist, eine Leistung von bleibendem politischen Werte aufzuweisen.

Auch eine andere politische Frage von größtem Gewicht wird auf den Verlauf der Session tief einwirken. Der deutsch-czechische Ausgleich, der sich nun wieder durch Monate in Prag und Wien hinzieht, wird rasch an einer entscheidenden Abschnit kommen. Die Prager Verhandlungen über die Ordnung der Verhältnisse in Böhmen rücken nicht vom Fleck, weil die Tschechen gleichzeitig die Lösung der Sprachfrage bei den landesfürstlichen Behörden fordern. Die mühseligen Konferenzen in den Ausschüssen und Subkomitees können kein Ergebnis haben, solange nicht Klarheit geschaffen ist, ob die Tschechen abermals das Ausgleichswerk an ihrem starren, jauchlich nicht begründeten Standpunkt in der Sprachfrage scheitern lassen wollen. Der Widerstreit zwischen der deutschen Lebensforderung nach Erhaltung des einprächtigen deutschen Gebietes in Böhmen und dem staatsrechtlichen Eigensinn der Tschechen ist der Mittelpunkt der deutsch-czechischen Frage. Sowie die Verhandlungen bis an diese Stelle vordringen, muß man der Entscheidung offen ins Gesicht sehen. Auch diesmal wird Gelingen oder Mißlingen davon abhängen, ob die Tschechen sich zu einer gerechten Würdigung der deutschen Auffassung verstehen. Das Schicksal des deutsch-czechischen Ausgleichswerkes wird wieder, wie dies immer der Fall war, von unmittelbarer Wirkung auf die Entwicklung der parlamentarischen Verhältnisse sein. Man spricht viel von einer Arbeitsmehrheit, welche die heiklen Aufgaben, das Wehrgesetz, das eine Zweidrittelmajorität braucht, und später die Finanzvorlagen, an denen der Staat und die notleidenden Länder gleichmäßig interessiert sind, über den Berg bringen soll. Ohne deutsch-czechische Verständigung kann aber eine Arbeitsmehrheit, die nicht von allem Anfang an Brüche und Sprünge hat, nicht zu stande kommen. So wird die Session auch für die größten innerpolitischen Fragen ihre Bedeutung haben. Die wichtigste Aufgabe aber ist zunächst die Wehrreform, und die Gestaltung der Session wird davon abhängen, wie das Parlament an das Wehrgesetz herantritt, das eine gemeinsame Angelegenheit der Monarchie, des Heeres und der Völker ist.

Die Wiener Bewegung.

Von Dr. Rudolf Schwarz-Siller, Gemeinderat der Stadt Wien.

Wien, 17. April.

Wenn nicht das entsetzliche Unglück der 'Titanic' dazwischen gekommen wäre, man hätte in Wien von nichts anderem gesprochen, als von den kommenden Gemeinderatswahlen. Ungarische Krise, Sonnenfinsternis, Kongresse, Blumentage und Todesfälle bedeutender Zeitgenossen — alles nur von minderelem Interesse. An jedem Orte, in jedem Kreise, in fast ganz unpolitischen Zirkeln, spricht man von der Wahl in die Kommunalvertretung, und die Frage: 'Wie stehen die Chancen?' die einem allenthalben bei jeder Begegnung gestellt wird, ist als ein formelhafter Spruch fast an die Stelle anderweitiger Begrüßung getreten.

Und das ist die erste und wichtigste erfreuliche Erscheinung in diesem Wahlkampfe. Das, was so lange Zeit hindurch von den Führern der freiheitlichen Bewegung auf das tiefste beklagt werden mußte, der Mangel an Interesse an den öffentlichen Dingen auf Seiten des großen Publikums, ist endlich verschwunden, wir haben wieder eine politische Bewegung in Wien! Bei den vergangenen Reichstagswahlen konnte man allerdings schon frischeren Zug und kräftigeres Leben in politischer Arbeit wahrnehmen. Aber bald nach diesen Wahlen, durch Monate hindurch, hätte man auf die Frage eines Fremden bezüglich großer Kreise nur mit Heines Worten erwidern können: 'Du fragst mich, wie es uns hier ergeht?' Hier ist es still, kein Windchen weht, die Wetterfahnen sind sehr verlegen, sie wissen nicht, wohin sich bewegen.'

Seit dem Beginn des neuen Jahres ist es erfreulicherweise ganz anders geworden. Je weiter der Frühling in der Natur fortschreitet, desto kräftiger wird die christlich-sozialen Partei, desto größer der tägliche Abfall enttäuschter